

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16373
Donnerstag, 15. September 2022

Grüner Bericht: Erstes Einkommensplus seit vier Jahren	1
Copa-Cogeca: Ohne Bioenergie kein Erneuerbaren-Anteil von 45% bis zum Jahr 2030	2
USDA hebt globale Weizenernte an und senkt die Prognose für Mais	3
Totschnig: Ohne Waldbiomasse sind Energie- und Klimaziele nicht erreichbar	4
Bernhuber und Schmiedtbauer fordern Kurskorrektur im Bereich der Biomasse	5
Titschenbacher: EU-Biomasse-Entscheidung geht in die falsche Richtung	6
Österreichische Milchverarbeiter kämpfen mit massiven Kostensteigerungen	7
Strasser: Abschaffung der Kalten Progression entlastet nachhaltig	10
Quehenberger: Land- und Forstwirtschaft hätte viele Hebel, um Teuerung zu bremsen	10
Hans-Kudlich-Preise 2022 an Ledermüller, Schwarzböck und Schwarzmann	13
Moosbrugger gratuliert Hans-Kudlich-Preisträger/innen 2022	14
Bundesbäuerin: Gratulation an Andrea Schwarzmann zum Hans-Kudlich-Preis	16

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Grüner Bericht: Erstes Einkommensplus seit vier Jahren

Totschnig: Teuerung & Klimawandel große Herausforderung

Wien, 15. September 2022 (aiz.info). - Das Landwirtschaftsministerium erarbeitet jedes Jahr den "Grünen Bericht", der einen Überblick über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft des Vorjahres gibt. Die Auswertung der Buchführungsdaten von 1.941 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben für das Jahr 2021 zeigt eine positive Entwicklung: " Zum ersten Mal seit vier Jahren ist bei der Einkommensentwicklung unserer Bäuerinnen und Bauern ein Plus zu verzeichnen, auch der Agrar-Außenhandel hat sich erhöht. Das ist aber kein Grund für Euphorie. 2022 wird noch herausfordernder als das Vorjahr. Unsere Familienbetriebe stehen aufgrund der gestiegenen Betriebsmittelkosten und des Klimawandels zunehmend unter Druck. Um die Lebensmittelversorgung auch in Zukunft zu sichern, müssen wir unsere Bäuerinnen und Bauern stärken. Das gelingt durch zielgerichtete Entlastungsmaßnahmen, wie dem 28 Mrd. Anti-Teuerungspaket, dem 110 Mio. Euro Versorgungssicherungspaket, 9 Mio. Euro für den geschützten Anbau oder der Strompreis-Unterstützung für landwirtschaftliche Betriebe", betont Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** anlässlich der Veröffentlichung des Grünen Berichts.

Durchschnittlich hat das Einkommen 2021 um 15% auf 32.150 Euro je bäuerlichen Betrieb zugenommen. "Diese positive Entwicklung ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens, unsere Covid-Unterstützungen haben gewirkt. Mit Umsatzerersatz, Verlustersatz, Härtefallfonds, Ausfallsbonus und weiteren Maßnahmen haben wir unsere Familienbetriebe bestmöglich durch die Pandemie gebracht. Der zweite Grund sind Preisanstiege bei agrarischen Produkten, etwa bei Holz, Getreide und Milch, nach Jahren der gedämpften Preissituation", erklärt Totschnig. Im Zehnjahresvergleich zeige sich allerdings nach wie vor eine Stagnation. "Während andere Berufsgruppen eine kontinuierliche Steigerung verzeichnen, stehen wir noch nicht einmal bei den Einkommen, die unsere Bäuerinnen und Bauern 2012 hatten", so Totschnig, und erinnert: "Das Einkommen ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Betriebe betriebliche Umbauarbeiten für mehr Tierwohl, Klimaschutz und Biodiversität stemmen können."

Die landwirtschaftliche Produktion hat im Vorjahr rund 1,2% zur Bruttowertschöpfung beigetragen. Der Produktionswert der Land- und Forstwirtschaft lag bei rund 10,9 Mrd. Euro. Österreichs agrarischen Exporte haben sich 2021 um 8,5% auf 13,84 Mrd. Euro erhöht. "Hier zeigt sich einmal mehr der enorme Wirtschaftsfaktor, zu dem unsere Bäuerinnen und Bauern beitragen. Sie versorgen uns nicht nur mit regionalen Lebensmitteln, pflegen Almen und Wälder, sondern sorgen auch für Wohlstand in den Regionen", betont Totschnig abschließend. (Schluss)

Der Grüne Bericht steht hier zur Verfügung: <https://gruenerbericht.at>.

Copa-Cogeca: Ohne Bioenergie kein Erneuerbaren-Anteil von 45% bis zum Jahr 2030

Entscheidung missachte die Grundlagen der forstwirtschaftlichen Realität

Brüssel, 15. September 2022 (aiz.info). - Copa-Cogeca, die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände, kritisieren das Votum der Europa-Parlamentarier über die EU-Erneuerbaren Energien-Richtlinie (RED III), in der Waldbiomasse und Biokraftstoffe im Mittelpunkt standen, als "unhaltbare" und "realitätsferne" Position für den europäischen forstwirtschaftlichen Biomasse-Sektor.

Fast 60% der in der EU erzeugten erneuerbaren Energie stammen aus nachhaltiger Biomasse, die fast ausschließlich aus Europa kommt. Für viele Europäer ist Bioenergie eine beliebte, erschwingliche und regionale Energiequelle, umso mehr seit Beginn der Invasion in der Ukraine und dem allgemeinen Anstieg der Energiepreise. Daher sei klar, dass die EU ihr gestecktes Ziel von 45% erneuerbarer Energie bis 2030 ohne die "optimale Mobilisierung ihrer ersten erneuerbaren Energiequelle" nicht erreichen könne, so die Agrarverbände.

Das Ende der finanziellen Unterstützung für "primäre Biomasse", die Beschränkung auf die EU-Ziele für erneuerbare Energien auf dem Niveau von 2017-2022 und das von den Abgeordneten vorgeschlagene schrittweise Herunterfahren sei "ein Schlag ins Gesicht" für Tausende von Waldbesitzern und Bioenergieproduzenten. Diese Entscheidung missachte die Grundlagen der forstwirtschaftlichen Realität, da fast jeder Ernte- und Pflegevorgang dazu führe "primäre Biomasse" aus Wäldern zu entfernen. Die Vernachlässigung von "primärer holzartiger" Biomasse würde auch bedeuten, dass Reststoffe im Wald verrotten und die gleiche Menge an CO₂ freisetzen würden, als ob sie für Energiezwecke verwendet würden, ohne den Vorteil, fossile Brennstoffe zu ersetzen - ganz zu schweigen vom erhöhten Risiko von Waldbränden. Dieser Ansatz betreffe die gesamte Biomasse-Wertschöpfungskette, bis hin zu den Endverbrauchern, die auf Biomasse als stabile, kostengünstige und nachhaltige Wärme- und Stromquelle angewiesen seien, geben Copa und Cogeca zu bedenken.

Hinsichtlich der Thematik der pflanzenbasierten Biokraftstoffe begrüßen Copa und Cogeca die Ablehnung der schädlichsten Änderungsanträge. Das EU-Parlament habe beschlossen, eine stabile und berechenbare Politik zu verfolgen, heißt es in der Aussendung. Zertifizierte nachhaltige pflanzenbasierte Biokraftstoffe seien in der Tat eine effiziente Lösung zur Dekarbonisierung des Verkehrs. Forschungs- und Innovationsprogramme müssten weiterhin Lösungen in Sektoren anbieten, in denen eine Elektrifizierung nicht möglich sei. Pflanzenbasierte Biokraftstoffe schaffen Nahrungs-, Futter- und Kraftstoffe sowie Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten. (Schluss) wol

USDA hebt globale Weizenernte an und senkt die Prognose für Mais

Endlager von Weizen, Mais und Getreide insgesamt sinken - EU ersetzt Mais durch Weizen

Wien, 15. September 2022 (aiz.info). - Das US-Landwirtschaftsministerium USDA revidiert im Monatsbericht zu den weltweiten Versorgungsbilanzen (WASDE) vom September seine Schätzung der gesamten Getreideproduktion um 5,99 Mio. t nach unten. Damit nimmt der weltweite Getreideausstoß im Jahresabstand um fast 45,5 Mio. t ab. Vor allem die Prognose für die Maiseerzeugung sinkt zum August-Report um mehr als 7 Mio. t - ein Einbruch zum Vorjahr um mehr als 47 Mio. t. Wegen über Erwartungen guter Ernten in Russland mit einem Rekord von 91 Mio. t und der Ukraine mit 20,5 Mio. t hebt das USDA aber die Weizenernte der Welt um 4,32 Mio. t an. Dennoch übertrifft der Weizenverbrauch das Angebot, und die Endbestände verringern sich neuerlich, aber etwas weniger stark als vor Monatsfrist angenommen.

Die leichte Anhebung der Weizenendlager gegenüber dem Vormonat um 1,2 Mio. t geht dabei auf das Konto Russlands und der Ukraine. Die weltweiten Endlager an Getreide insgesamt schrumpfen um nahezu 27,5 Mio. t als Folge insbesondere einer Unterdeckung des Bedarfs an Weizen (-7,1 Mio. t) Mais (-7,6 Mio. t) und dem gesamten Futtergetreide einschließlich Mais (-9 Mio. t).

Weizen gewinnt in EU an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber knappem Mais

Unter anderem soll die EU mehr Weizen verbrauchen, weil dieser in der Verfütterung an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem knappen Mais gewinnt. Die Endlagerprognose der EU sinkt um 0,65 Mio. t auf 9,53 Mio. t Weizen. Das sind gerade einmal 8,8% ihres Eigenverbrauchs und 6,7%, wenn man den Export einrechnet. Größter Weizenexporteur der Saison 2022/23 soll Russland mit 42 Mio. t Ausfuhren werden. Die EU schafft 33,5 Mio. t und die Ukraine 11 Mio. t. Weltweit bleibt es bei komfortablen 33,95% Endlageranteil am Verbrauch (Ratio stock to use), jedoch liegen fast 54% davon in chinesischen Silos und sind dem Weltmarkt praktisch vorenthalten.

Weniger Mais in den USA sowie in der EU und in Serbien

Die Ernteschätzung für Mais sinkt in den USA zum Vormonat um gut 10,5 Mio. t und in der EU um 2 Mio. t auf nunmehr 58 Mio. t, auch Serbien soll weniger einfahren, wohingegen die Maiseernte der Ukraine um 1,5 Mio. t auf 31,5 Mio. t angehoben wird. Die EU wird damit 19 Mio. t Mais vom Weltmarkt importieren müssen, wobei der wichtige Lieferant Ukraine 13 Mio. t dafür zur Verfügung haben soll. In Summe schmelzen auch die Maislager der Welt um 7,61 Mio. t, wobei China davon sogar 68% hortet und den wichtigsten Exporteuren nur knapp 10% ihres Verbrauchs einschließlich Ausfuhren an Reserven bleiben. Mit den verschlechterten Ernteaussichten wird der weltgrößte Maisexporteur, die USA, um mehr als 2,5 Mio. t weniger der Weltmarktversorgung zur Verfügung stellen können als laut der August-Prognose.

Prognose für Sojaproduktion sinkt - Lager wachsen weniger stark

Schließlich senkt der WASDE-Report - ebenfalls hauptsächlich wegen der widrigen Bedingungen beim weltweit zweitgrößten Exporteur, den USA - im Monatsabstand die Weltweite Sojaproduktion

um gut 3 Mio. t. Sie erholt sich aber zum Vorjahr um mehr als 10% auf 389,77 Mio. t, wovon alleine China 97 Mio. t oder ein Viertel am Weltmarkt aufkauft. Sie globalen Sojaendlager wachsen 2022/23 um ebenfalls rund 10% an, aber nicht so stark wie der Vormonatsbericht wähnte. (Schluss) pos

Totschnig: Ohne Waldbiomasse sind Energie- und Klimaziele nicht erreichbar

Vernünftige Rechtsgrundlage für Klimaziele und nachhaltige Waldbewirtschaftung nötig

Wien, 15. September 2022 (aiz.info). - Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben gestern ihre Position für Verhandlungen mit den EU-Staaten zur Richtlinie für erneuerbare Energien (RED III) festgelegt und dabei mehrheitlich dafür gestimmt, dass Holz als Biomasse bedingt nachhaltig und somit förderfähig bleibt. Ursprünglich hatte der Vorschlag die Einstufung von Biomasse aus Primärholz als erneuerbare Energie ausgeschlossen. "Die weiteren Verhandlungen werden zu nützen sein, um eine vernünftige Rechtsgrundlage zu schaffen, die der Erreichung der Klimaziele und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung Rechnung trägt. Dafür werde ich mich in Abstimmung mit der zuständigen Klimaschutzministerin Gewessler intensiv einsetzen", betonte Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** in einer ersten Reaktion. Bei der informellen Tagung des Landwirtschaftsrates am Freitag will der Ressortchef gegenüber den Forstministern die "besorgniserregenden Entwicklungen" diskutieren.

"Ich vertrete eine klare Haltung zur aktiven Waldbewirtschaftung und Nutzung von Waldbiomasse als nachhaltige Alternative zu fossilen Brennstoffen. Einige Vorschläge, die aktuell in Brüssel diskutiert werden, sind in meinen Augen praxis- und weltfremd. Alles, was den Ausbau von Biomasse konterkariert oder gar zu einer Verringerung regional verfügbarer erneuerbarer Energieträger führt, ist in Zeiten der Energiekrise nicht nachvollziehbar und unvernünftig. Es ist geradezu eine Frage der strategischen Autonomie der EU insgesamt", so Totschnig weiter.

"Den nachwachsenden Rohstoff Holz und Biomasse nicht mehr als erneuerbare Energiequelle zu nutzen, aber stattdessen Kohlekraftwerke zu aktivieren, passt nicht zusammen. Gerade jetzt, wo wir dringend von fossilen Importen unabhängiger werden müssen, ist das eine Frage der strategischen Autonomie der EU insgesamt. Eine Einschränkung der Biomasse wäre ein absolutes falsches Signal und fatal für die Energiewende. Ohne Waldbiomasse werden wir in Europa die Energie- und Klimaziele nicht erreichen."

Differenzierung in Primär- und Sekundärholz

Nach dem Wunsch des EU-Parlaments soll eine Einstufung von Holznebenprodukten etwa aus Sägewerken, Schadholz und eine bestimmte Menge Primärholz, also hochwertiges Holz, als erneuerbare Energie erfolgen. Außerdem soll die Durchschnittsmenge der Jahre 2017 bis 2022 angerechnet werden. Zudem fordert das EU-Parlament bis 2030 eine schrittweise Senkung des Anteils von Primärholz als erneuerbare Energie. Damit soll auch der Ausbau von Holz- und Biomasseanlagen eingeschränkt werden.

“Eine Differenzierung in ‘primäre‘ (aus dem Wald - Rundholz, aber eben auch Brennholz, Waldhackgut etc.) und ‘sekundäre‘ Biomasse (Restmaterialien aus der Säge- und Holzindustrie u.a.) führt zu einem praxisfernen Ausschluss von primärer Biomasse. Fehlt die Anrechenbarkeit auf die Erneuerbaren Ausbau Ziele, gefährdet dies die Energiewende und die Erreichung der Ziele“, betont Totschnig. “Die Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz und Biomasse ist das beste Beispiel für regional erneuerbare Energie. Tatsache ist auch, dass ein Wald, der aktiv bewirtschaftet wird, mehr CO2 bindet, als einer, der nicht bewirtschaftet wird. Die aktive Waldbewirtschaftung ist unser Erfolgsrezept. Es wächst mehr Holz nach, als entnommen wird“, hält Totschnig fest. (Schluss)

Bernhuber und Schmiedtbauer fordern Kurskorrektur im Bereich der Biomasse

Ausbau statt Einfrieren des Ist-Zustandes und deutliche Nachbesserungen nötig

Straßburg, 15. September 2022 (aiz.info). - "Dass sich gestern eine Mehrheit gegen den weiteren Ausbau der Biomasse ausgesprochen hat, ist uns unverständlich. Biomasse aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung ist für einen erfolgreichen EU-Green-Deal unerlässlich", sagen Alexander Bernhuber, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament, und Simone Schmiedtbauer, Forstsprecherin der ÖVP im Europaparlament. Die beiden Bauernbund-Abgeordneten fordern nach der Abstimmung zur Erneuerbare-Energien-Richtlinie gestern, Mittwoch, eine Kurskorrektur im Bereich der Biomasse.

Teilerfolg im Europaparlament: Nutzung von Biomasse als erneuerbare Energiequelle weiterhin gesichert

Einen ersten Teilerfolg konnten die Abgeordneten bei der Abstimmung zur Richtlinie über Erneuerbare Energien jedoch erreichen: "Wir konnten uns damit durchsetzen, dass Biomasse auf dem durchschnittlichen Niveau von 2017-2022 auch zukünftig als erneuerbare Energie anrechenbar sein wird", informieren sie. Damit ist das Ziel noch nicht erreicht. In den anstehenden Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten setzen sie sich für weitere Verbesserungen ein. Immerhin konnten Bernhuber und Schmiedtbauer die schlimmsten Befürchtungen abwenden, nämlich, dass die Nutzung von Biomasse überhaupt nicht mehr als Teil der Erneuerbaren Energien anerkannt würde. Für Österreich hätte dies fatale Folgen. Denn der Anteil der Bioenergie beträgt in Österreich 53% der erneuerbaren Energie und leistet einen wesentlichen Beitrag, den Anteil an erneuerbaren Energien bis 2030 um weitere 10% zu steigern, wie in den Zielen festgesetzt.

"Österreich ist ein Bioenergie-Land und wir brauchen die Biomasse, um unsere Klimaziele zu erreichen. Diese zukünftig in den Berechnungen nicht zu berücksichtigen, wäre eine Katastrophe. Daher ist es wichtig, dass die Mehrheit der Abgeordneten die Biomasse als erneuerbare Energiequelle anerkennt. Damit setzt das Europaparlament ein klares Signal, dass die Biomasse einer der wichtigsten Bestandteile der Erneuerbaren Energien ist", skizziert Bernhuber. "Dennoch ist das lediglich ein Teilerfolg. In den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission hoffen wir auf klare Verbesserungen, damit Biomasse keinesfalls eingeschränkt, sondern Waldrestholz weiterhin gefördert wird und Biomasse-Anlagen ausgebaut werden können", sagt Bernhuber.

"Den Ausbau unserer größten Quelle von Erneuerbaren zu beschränken, wäre absurd und lässt unsere Ziele für mehr Energieunabhängigkeit, für leistbare Alternativen zu russischem Öl und Gas und für ein grüneres, nachhaltigeres Europa in die Ferne rücken. Biomasse macht europaweit rund 60% der Erneuerbaren aus und ist auch in Österreich die nachhaltige Ressource Nummer Eins. Ohne Biomasse geht es nicht. Den Ausbau von Biomasse einzuschränken, hat nicht nur negative Folgen für alle Bürgerinnen und Bürger, die auf leistbare Energie angewiesen sind, sondern darüber hinaus auch für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, unsere Energiesicherheit und das Klima. Als Konsequenz müssten wir wieder vermehrt auf fossile Energieträger setzen. Diese Rückschritte sind bei der aktuellen Energiepreiskrise, wo uns unsere Abhängigkeit von Energie aus Nicht-EU-Ländern so schmerzhaft vor Augen geführt wird, absolut fehl am Platz", sagt Schmiedtbauer.

EU-Definition der Primären Biomasse - Problemfeld für die heimische Forstwirtschaft

Problematisch sehen Schmiedtbauer und Bernhuber eine EU-Definition der "Primären" Biomasse und damit den Ausschluss von Energieholz aus dem Wald. "Mehr als 40% der österreichischen Haushalte setzen Holz als Brennstoff und krisensicheren Ersatz für Erdgas und Erdöl ein. Die Einführung dieser untauglichen Definition würde große Teile der eingesetzten Brennstoffe ausschließen. Das würde die Versorgungssicherheit in Haushalten massiv gefährden", warnen die EU-Abgeordneten unisono. "Durch verstärkte Waldpflege, Klimawandelanpassung im Wald und Schadereignisse wird in Zukunft immer mehr Energieholz anfallen. Es wäre absurd, das im Wald verrotten zu lassen und nicht für die Energiewende zu nutzen. Das dabei entstehende CO₂ würde ungenutzt in die Atmosphäre entweichen", sagen die Abgeordneten.

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

Ein Lichtblick für die Forstwirtschaft ist, dass die finalen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. "Die Verhandlungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten, dem Parlament und der EU-Kommission sind in den Startlöchern. Wir werden uns weiterhin nach all unseren Möglichkeiten dafür einsetzen, in diesen Gremien noch Nachbesserungen für die Forstwirtschaft zu erzielen. Jetzt ist Energieministerin Gewessler am Zug, um das Beste für Österreich herauszuholen", sagen Bernhuber und Schmiedtbauer abschließend. (Schluss)

Titschenbacher: EU-Biomasse-Entscheidung geht in die falsche Richtung

Heimische Land- und Forstwirte hoffen auf kommende Triolog-Verhandlungen

Graz, 15. September 2022 (aiz.info). - Die gestrige EU-Parlamentsabstimmung bremst leider den weiteren Biomasseausbau in der Steiermark. "Die Entscheidung über die künftige Biomasse-Nutzung geht in die falsche Richtung. Statt mehr Biomasse für die Strom- und Wärmeenergieerzeugung zu verwenden, soll gemäß EU-Parlamentsbeschluss künftig der Biomasseeinsatz eingefroren werden", ist der steirische Landwirtschaftskammer-Präsident **Franz Titschenbacher** enttäuscht. Und weiter: "Wir wollen unser volles Gewicht jetzt auf die Triologverhandlungen legen, um weitere notwendige Verbesserungen zu erreichen."

Biomasse: Status als erneuerbarer Energieträger muss vollumfänglich beibehalten werden

Die Landwirtschaftskammer und der Österreichische Biomasseverband setzen sich bei den Trilogverhandlungen massiv dafür ein, dass die bäuerliche Biomasse aus dem Wald auch weiterhin vollumfänglich den Status eines erneuerbaren Energieträgers beibehält. Nur dann kann bäuerliche Biomasse zu 100% an die erneuerbaren-Energieziele angerechnet und gefördert werden. Titschenbacher: "Damit wollen wir sicherstellen, dass eine technologische und wirtschaftliche Weiterentwicklung der heimischen Biomassebranche gewährleistet bleibt."

Biomasse ist kostengünstigste und sicherste Wärmequelle

"Biomasse aus dem Wald ist in vielen Fällen die kostengünstigste und sicherste Wärmequelle der Bevölkerung. Und Biomasse ist gerade aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten unverzichtbar. Die aktuelle Klima- und Energiekrise kann nur mit dem forcierten Einsatz der Biomasse bewältigt werden", schloss Titschenbacher.

Zahlen und Fakten

In der Steiermark versorgen 600 Biomasseheizwerke über 100.000 Haushalte mit Wärme auf Basis von Biomasse aus dem bäuerlichen Kleinwald. Sie leisten somit einen unverzichtbaren Beitrag zur sicheren, leistbaren und klimafreundlichen Energieversorgung der Steiermark. Insgesamt heizen in der Steiermark 230.000 Haushalte mit dem klimaneutralen Rohstoff Holz und mit biogenen Reststoffen aus dem Wald. (Schluss) APA OTS 2022-09-15/10:17

Österreichische Milchverarbeiter kämpfen mit massiven Kostensteigerungen

Rechtliche Klarheit über gesicherte Versorgung mit Gas im Krisenfall

Gabelhofen, 15. September 2022 (aiz.info). - "Massive Steigerungen bei Energiekosten, Futtermitteln, Verpackungsmaterial und sonstigen Rohstoffen verursachen gewaltige Kostenerhöhungen, die zu Preiserhöhungen bei Milchprodukten führen. Besonders bei der Energieversorgung braucht die Branche rasch kostendämpfende Maßnahmen und Unterstützungen, weiters für Umstellungen auf andere Energieträger und eine rechtliche Klarheit über eine gesicherte Versorgung mit Gas im Krisenfall, um die Versorgungssicherheit mit hochwertigen Milchprodukten sicherstellen zu können", erklärte der Präsident der Vereinigung österreichischer Milchverarbeiter Helmut Petschar im Rahmen eines Pressegespräches anlässlich der diesjährigen milchwirtschaftlichen Tagung in Gabelhofen.

Milch am EU-Markt weiter knapp - Erzeugerpreise gestiegen

Die österreichische Milchwirtschaft konnte nach coronabedingten Rückgängen 2022 die Milchproduktion um 3,2% steigern, während wichtige europäische Erzeuger mit Produktionsrückgängen aus der Coronakrise kamen. Dies führte in Summe zu einem EU weiten Produktionsrückgang und bei guter Nachfrage zu höheren Preisen. Die mittlerweile EU-weit gestiegenen Erzeugerpreise führten aufgrund der stärker gestiegenen Betriebsmittel- und Vorleistungskosten bisher zu keinen Produktionssteigerungen, dazu gibt es heuer in verschiedenen Regionen Europas witterungsbedingte Ernteaufschläge.

Die massiven Kostensteigerungen brachten EU weit höhere Erzeugerpreise, wobei die Kostensteigerungen von den Handelspartnern in Österreich nicht zur Gänze bzw. mit Verzögerungen akzeptiert wurden, was zu einem geringeren Erzeugerpreisanstieg im Vergleich zu anderen Ländern führte. Die Erzeugerpreise für GVO-freie konventionelle Qualitätsmilch (4,0% Fett, 3,4% Eiweiß) beliefen sich für den Zeitraum Jänner bis Juli 2022 auf 42,72 ct/kg netto, 21,7% über dem Vorjahreswert, bzw. 51,36 ct/kg im Durchschnitt aller Qualitäten incl. USt. Im Juli 2022 lagen die Werte mit 48,72 (plus 35,2%) bzw. 58,02 ct/kg (plus 32,1%) zwar höher, konnten aber die Preissteigerungen in Deutschland mit 55,1 ct netto/kg und einem Plus von 53,9% nicht erreichen.

Auch im Einkaufsverhalten der Konsumenten sei eine höhere Preissensibilität feststellbar, so Petschar. Umso wichtiger wären sozial treffsichere, öffentliche Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der hohen Teuerungsraten, um die Kaufkraft für hochwertige Lebensmittel zu gewährleisten. Kritik gibt es an den Handelsketten, die die Krise dafür nutzen ihre Eigenmarkenprodukte mit höheren Wertschöpfungsanteilen und Spannen zulasten der Erzeugermarken weiter ausbauen und Importprodukte mit geringeren Standards forcieren. "In dieser schwierigen Zeit ist die Loyalität der Handelspartner besonders gefragt", so Petschar.

Kostengetriebene Inflation

Die aktuell hohen Teuerungsraten für Milchprodukte sind kostengetrieben und liegen zumeist unter den internationalen Vergleichswerten. Ein längerfristiger Vergleich ergibt keine überhöhten Teuerungsraten für Milchprodukte. Der Anteil der Haushaltsausgaben für Milchprodukte betrug 2021 1,5 % bzw. 43,5 Euro/Haushalt, wobei hier in Österreich nicht nur der Aspekt der Versorgungssicherheit durch heimische Produktion, sondern auch die höheren heimischen Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards beachtet werden müssen. Die Ertragslage bei den Molkereien mit unter 1% Ergebnis vor Steuern bezogen auf den Umsatz ist weiter sehr angespannt, oftmals müssen die Molkereien bei der Erhöhung der Erzeugermilchpreise in Vorleistung gehen, um auch die massiven Kostensteigerungen bei den Landwirten abdecken zu können.

Die Notierungen auf den Produktenmärkten erreichten ebenfalls entsprechende Steigerungen, wobei im Gegensatz zu früheren Preisvolatilitäten aktuell sowohl Eiweiß als auch Fett als wichtigste Inhaltsstoffe der Milchprodukte gleichzeitig zulegten. Vor diesem Hintergrund legte auch der österreichische Außenhandel im ersten Halbjahr 2022 im Export wertmäßig um 18,9 und bei Importen um 14,3% zu, was vor allem auf Preissteigerungen zurückzuführen ist.

Kostensteigerungen einbremsen und Energieversorgung sichern

Die Milchwirtschaft benötigt in der Produktion, Verarbeitung, Haltbarmachung, Kühlung, Lagerung und Logistik Energie, die prozessbedingt vorgegeben ist, um eine entsprechende Verarbeitungsqualität, Produktsicherheit und Haltbarkeit der Produkte zu gewährleisten. Derzeit sind Gas und Strom die wichtigsten Energieträger. Die massiven Energiekostensteigerungen treffen daher die Milchwirtschaft hart. Neben laufenden Einsparungs- und Optimierungsmaßnahmen werden, soweit möglich, erneuerbare Energieträger genutzt und weiter ausgebaut. "Kostensteigerungen um das zehnfache müssen umgehend abgestellt werden. Ich fordere die zuständigen Politiker auf dringend auf entsprechende Initiativen zu setzen, um das bestehende 'Merit Order'-Preisbildungssystem abzuändern, denn mit Ausgleichsmaßnahmen für betroffene Wirtschaftssektoren und private Haushalte allein, wird diesem fehlgeleiteten System auf Dauer nicht zu begegnen sein", so Petschar.

Konkret geht es um die rechtlich verbindliche Klarheit zur bevorzugten Versorgung der Milchwirtschaft als systemrelevanter Sektor mit Erdgas im Krisenfall, um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Darin enthalten muss ebenso eine Kostenbremse für diese Sektoren sein, ferner brauche es Unterstützung für die Umstellung auf alternative Energieträger, die seit dem Beginn des Ukrainekrieges vorgenommen wurden sowie zur Abdeckung der massiv erhöhten Energiekosten, solange keine wirksame Kostenreduktion erreicht wird. Schließlich seien die Einführung der CO₂-Besteuerung und weiterer kostentreibender Maßnahmen zu verschieben, bis wieder eine gewisse Normalität auf den Märkten eintrete.

Herkunftskennzeichnung dringend notwendig

Hinsichtlich einer Herkunftskennzeichnung wird auf Vorschläge der EU gewartet, die für den Herbst angekündigt wurden. Umfragen der EU haben ergeben, dass es den dringenden Wunsch der Konsumenten nach einer gesicherten Herkunftsinformation gibt. Die Milchwirtschaft und auch anderer Sektoren erwarten hier ehest baldige, brauchbare Vorschläge, zumal unter dem Vorwand der Kostenreduktion der Druck zu billigen Lebensmitteln aus dem Ausland, welche heimische Standards nicht erfüllen, wieder steigt, vor allem dann, wenn über die Herkunft und damit über die dahinterstehenden Produktionsstandards nicht informiert werden muss.

Österreichische Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstrategie

Beim Ausbau der österreichischen Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstrategie liegen die Schwerpunkte aktuell in der weiteren Verbesserung der Klimaschutzwerte. "Laut einer Untersuchung des Joint Research Centers der EU hat die österreichische Milchwirtschaft schon jetzt die EU-weit besten Klimaschutzwerte. Hier geht es um Projekte im Bereich Fütterung, verbesserter Düngewirtschaft, dem weiteren Ausbau der Alternativenergie, einer besonderen Förderung der Biodiversität und innovativen Verpackungslösungen", betont Petschar.

Weltklimabericht rehabilitiert Milch bei Klimawerten

Die Rehabilitation der Milch als Klimasünder hat der aktuelle Weltklimabericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change der UNO), der weltweit führenden Forschungsorganisation in diesem Bereich bewirkt: Darin wird festgestellt, dass die bisherigen Werte für Methan beim Klimawandel aufgrund der viel kürzeren Verweildauer in der Atmosphäre im Vergleich zu CO₂ um das drei- bis vierfache überhöht sind. Diese zu hohe Bewertung des Methan ist der Grund für die bisherige, ungünstige Bewertung von Milch, ein Umstand, der von vielen Wissenschaftlern und der Milchwirtschaft schon länger kritisiert wurde.

Tierwohl im Fokus

Ein besonderer Schwerpunkt besteht im Bereich Tierwohl: Neben den verschärften gesetzlichen Bestimmungen im Bereich Tierhaltung und beim Tiertransport hat sich die Branche zu einem vorzeitigen Auslaufen der dauernden Anbindehaltung im Rahmen des AMA-Gütesiegels mit Ende 2023 verständigt, weiters wird an der Einführung einer Tierhaltungskennzeichnung gearbeitet. (Schluss)

Strasser: Abschaffung der Kalten Progression entlastet nachhaltig

Bundesregierung gibt Menschen Geld zurück, das durch Inflation fehlt

Wien, 15. September 2022 (aiz.info). - Die gestern im Ministerrat beschlossene Kalte Progression bringt wirksame und nachhaltige Entlastung. "Dank des Aus für die schleichende Steuererhöhung kommt es zu einer Steuerentlastung in der Höhe von 1,85 Mrd. Euro, die sich 2024 auf 4,3 Mrd. Euro erhöht. Im Sommer hat die Bundesregierung ein 28 Mrd. Euro schweres Anti-Teuerungspaket beschlossen. Die Abschaffung der Kalten Progression ist dabei ein wesentlicher Bestandteil, der auch unsere Bäuerinnen und Bauern entlastet", so ÖVP-Landwirtschaftssprecher **Georg Strasser**

Die Interessen unserer Bäuerinnen und Bauern spiegeln sich deutlich in den Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung wider, so Strasser: "Aufgrund der Teuerung überschreiten viele Höfe die aktuellen Umsatzgrenzen und haben ohne Einkommens-Zuwachs plötzlich einen enormen bürokratischen Aufwand. Deshalb haben wir uns für eine Anhebung der Umsatzgrenze in der steuerlichen Pauschalierung in der Landwirtschaft eingesetzt. Auch die Einheitswertgrenze für die Teilpauschalierung und Einnahmen aus Nebentätigkeiten werden angepasst. In Zeiten multipler Krisen schaffen wir so eine dringend notwendige bürokratische Entlastung für unsere Bauernfamilien." (Schluss)

Quehenberger: Land- und Forstwirtschaft hätte viele Hebel, um Teuerung zu bremsen

Einschränkungen aus dem Weg räumen

Salzburg, 15. September 2022 (aiz.info). - "Unsere bäuerlichen Familienbetriebe sind ein stabiler Anker, der uns gemeinsam besser durch den Sturm aus Inflation und Versorgungskrise kommen lässt", zeigt sich **Rupert Quehenberger**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Salzburg, bei der heutigen Pressekonferenz überzeugt. "Trotz aller Herausforderungen, die es auf den Höfen zu meistern gilt, stellen unsere Bauern die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln sicher und sie liefern Energie und Rohstoffe wie Holz beständig und in beträchtlichem Ausmaß. Nie zuvor hat sich besser gezeigt, dass der Salzburger Weg in der Land- und Forstwirtschaft der richtige ist."

Die heimische Land- und Forstwirtschaft sei ein großer Hebel, der gezielt gegen die Teuerung bei Lebensmitteln und Energie eingesetzt werden könne, so Quehenberger, leider würden Hindernisse und Einschränkungen dieses Potenzial ausbremsen. "Die Rechnung dafür bekommen wir beim Einkauf und der Abrechnung von Strom, Sprit und Wärme präsentiert."

Betriebe gegen Stromausfälle absichern

Die stark gestiegenen Energiekosten machen natürlich auch den Bauern zu schaffen. Das betrifft die Futterernte ebenso wie den Betrieb von Ställen und ist eine besondere Herausforderung für Gartenbaubetriebe, die nicht wissen, wie sie heuer das Gas für die Beheizung ihrer Glashäuser bezahlen sollen. Quehenberger: "Auch die Landwirtschaft ist abhängig von einer gesicherten Stromversorgung. Ein länger dauernder Stromausfall hätte beträchtliche Folgen u.a. für die

Tiergesundheit, etwa weil Kühe nicht gemolken werden können. Die LK berät daher seit Jahren die Betriebe, wie man sich besser absichern kann. Dank der Förderung von Notstromaggregaten durch die Landesregierung sind wir hier auf einem guten Weg. Selbst im Fall eines Blackouts können viele Betriebe weiterhin Lebensmittel für die Versorgung der Bevölkerung produzieren.“

Darüber hinaus nutzen viele Betriebe ihre großen Dachflächen für PV-Anlagen. Die Bereitschaft zu investieren ist enorm. Die LK erhält wöchentlich bis zu 20 Anfragen zum Thema. Hunderte Projekte warten auf die Umsetzung. „Was uns bremst, sind Lieferengpässe bei Anlagenteilen, eine wenig attraktive Förderung auf Bundesebene für Anlagen über 10 kWpeak und auch Hürden bei der Genehmigung“, zeigt der Präsident auf.

Er ist überzeugt: „Trotz der Energiekrise haben wir längst nicht alle Hindernisse aus dem Weg geschafft, um unabhängiger vom russischen Gas zu werden. Wenn man sich etwa die Widerstände gegen das Kraftwerk in Stegenwald ansieht, sollte man schon auch die Frage stellen, um welchen Preis Konsumenten künftig ihren Strom einkaufen wollen? Um die 70 Gigawattstunden Strom von Stegenwald zu kompensieren, können wir natürlich auch zehn Windräder aufstellen oder 100 ha Wiesen mit PV-Modulen zapflastern - aber wollen wir das wirklich?“ Schon jetzt ist unser Bodenverbrauch enorm, hier braucht es ein starkes Bremsmanöver. „Wir müssen die produktiven Flächen vorrangig für die Lebensmittelherstellung sichern. Das von Landesrat Sepp Schwaiger auf den Weg gebrachte neue Grundverkehrsgesetz sollte hier deutliche Verbesserungen bringen. Wir hoffen daher, dass es im Herbst beschlossen wird.“

Brennholz: Kurzes Aufflackern der Preise ist zu wenig

Die steigenden Preise für Energieholz machen den Bereich für viele Landwirte derzeit attraktiv. Zuvor gab es seit ca. 50 Jahren keine nennenswerten Preisanpassungen. Salzburgs Waldbauern würden die Produktion von Energieholz ankurbeln, aber es braucht hier auch eine Vorlaufzeit von mehr als einem Jahr, damit beispielsweise Brennholz gut durchtrocknen kann. Umso wichtiger ist es, dass es längerfristig ein Preisniveau für Energieholz gibt, das die Kosten für die Herstellung deckt. Das war in den vergangenen Jahren nicht der Fall. Ein großer Teil des Energieholzes fällt auch bei der Nutzung der Holz für die Sägeindustrie an. Die Schnittholzpreise sind in den vergangenen Wochen wieder auf ein Preisniveau gefallen, das die Holznutzung wenig attraktiv macht.

RED III: Hier läuft grundlegend etwas schief

Ebenso würden zusätzliche Einschränkungen etwa durch die EU-Waldstrategie viele Bemühungen zunichte machen. Diese sieht unter anderem eine Außernutzungstellung von Waldflächen oder die Rückführung von Wäldern in ihren ursprünglichen Zustand vor. „Dabei müssen wir unsere Wälder nützen, um sie an den Klimawandel anpassen zu können. Auch die gestern im EU-Parlament behandelte Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED III ist völlig kontraproduktiv: Energieholz aus dem Wald soll nicht mehr gefördert werden und die energetische Nutzung von Holz soll nicht mehr als erneuerbare Energie angerechnet werden, während man Atomenergie als umweltfreundlich einstuft - hier läuft grundlegend etwas schief. Was das mit Klimaschutz zu tun hat, wenn wir heimisches Holz aus der Energieversorgung rausboxen, erschließt sich mir ohnehin nicht. Unsere Waldwirtschaft wird hier wieder einmal in einen Topf mit Ländern wie Brasilien geworfen.“

„Wenn uns dann Experten erklären, dass dies so sein muss, weil das CO₂ aus den Wäldern schneller freigesetzt als gebunden wird, dann glaube ich das nicht. In Österreich wächst seit

Jahrzehnten deutlich mehr Holz zu, als genutzt wird, und wir haben das strengste Forstgesetz der Welt. Solche undifferenzierten Regelungen sind absoluter Wahnsinn, das verstehen auch die Menschen im Land nicht mehr. Wir werden hier wieder einmal Opfer von Umweltschutzgruppierungen, die nicht zwischen den verschiedenen Bewirtschaftungsformen differenzieren wollen oder können.“

Salzburger Weg hat sich gelohnt

Den Salzburger Weg, den unsere Landwirtschaft seit vielen Jahren geht, ist der richtige. Das zeigt sich gerade auch jetzt in der Energiekrise. Der Großteil des Futters wird selbst produziert und wir sind im Vergleich wenig abhängig von energieintensiven Düngemitteln. Mehr als 90% der Flächen sind "Bio" oder werden im Umweltprogramm mit Verzicht auf Stickstoff-Handelsdünger bewirtschaftet. Die Bäuerinnen und Bauern setzen auf Kreislaufwirtschaft und betriebseigene Wirtschaftsdünger wie Gülle und Jauche. Wenn es jetzt im Herbst am Land nach Dünger riecht, dann ist das eigentlich ein Duft der Freiheit und der Unabhängigkeit von internationalen Konzernen. Auch die Leistungen in der Tierhaltung sind auf einem "gesunden" Niveau, der Kraftfutteranteil ist im Vergleich gering. All dies macht die Salzburger Landwirtschaft nicht nur besonders klima- und umweltfreundlich, sondern auch krisenfest.

GAP 2023–27: Neues EU-Agrarprogramm erfüllt nicht alle Wünsche

In der laufenden Fünf-Jahres-Periode in der Landwirtschaftskammer ist derzeit Halbzeit, Quehenberger gibt auch einen kurzen Ausblick auf seine Ziele in den kommenden zweieinhalb Jahren: "Nun geht es darum, die neue EU-Programmperiode, die mit 2023 startet, gut umzusetzen. Die EU unterstützt die umwelt- und klimafreundliche Produktion, leider gibt es aber für unsere Betriebe auch zusätzliche Hürden. Hier werden unseren bäuerlichen Familienbetrieben oftmals unnötige Steine in den Weg gelegt. Unsere Aufgabe ist es nun, die Bäuerinnen und Bauern bei der Antragstellung so zu unterstützen, dass sie mit den gewählten Maßnahmen ihren Betrieb praktikabel führen können.“

Weitere Ziele des Präsidenten für die kommenden zweieinhalb Jahre sind der Ausbau der Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln, die Fortführung von Tierschutzprojekten wie der Milchkalbermast und eine zielgerichtete Beratung der Betriebe etwa in Sachen Klimawandel: "Durch den Dauerstress aus Hitze und Wassermangel verändern sich unsere Wälder, Wiesen und Almen. Besonders betroffen war heuer der Flachgau, der Klimawandel macht aber vor keinem Bezirk halt. Wir brauchen trockenheitsresistentere Sorten und müssen unsere Wirtschaftsweisen anpassen. Hier sind wir sehr gefordert.“

Lienbacher: LK modernisiert Beratung und Infrastruktur

Quehenberger hat mit seiner Wahl den Startschuss für eine Neuausrichtung der Beratung in der Landwirtschaftskammer gegeben. Im Mittelpunkt steht dabei der bäuerliche Familienbetrieb. Kammeramtsdirektor **Nikolaus Lienbacher**: "Die LK geht mit ihren Ressourcen sehr sparsam um, wir hinterfragen daher laufend, welche Serviceleistungen sich die Bauern von uns erwarten. So wie sich unsere Gesellschaft dynamisch entwickelt, müssen auch die Höfe ihre Betriebsweisen permanent anpassen. In der Beratung wollen wir für die Betriebe Chancen nützen und Perspektiven schaffen und sie bei der Erarbeitung ihrer persönlichen Betriebsstrategie unterstützen. Viele Betriebe wollen neue oder zusätzliche Standbeine schaffen und auch in der Interessenvertretung gibt es

unzählige Wünsche, die an uns tagtäglich herangetragen werden. Das betrifft insbesondere auch den Dialog mit der Gesellschaft. Unsere Kommunikationsabteilung wird dahingehend weiter ausgebaut.“

In den vergangenen Jahren hat die LK auch ihre Infrastruktur modernisiert. Ende November wird die neue, komplett aus Holz errichtete Bezirksbauernkammer in Hallein eröffnet und es gibt Pläne für die Sanierung des Stammhauses in der Schwarzstraße. (Schluss)

Hans-Kudlich-Preise 2022 an Ledermüller, Schwarzböck und Schwarzmann

Auszeichnung für drei Vorbilder in der österreichischen Agrarpolitik

Wien, 15. September 2022 (aiz.info). - Bei der Verleihung der Hans-Kudlich-Preise wurden am 14. September drei herausragende Persönlichkeiten mit der wichtigsten Auszeichnung des Ökosozialen Forums geehrt. In der Festveranstaltung an der Universität für Bodenkultur würdigte der Präsident des Ökosozialen Forums, **Stephan Pernkopf**, die drei Preisträger **Franz Ledermüller**, **Rudolf Schwarzböck** und **Andrea Schwarzmann** für ihre Verdienste um die Land- und Forstwirtschaft und um den ländlichen Raum.

Das Ökosoziale Forum verleiht den Hans-Kudlich-Preis zum Gedenken an den historischen Antrag Hans Kudlichs zur Aufhebung der Untertänigkeitsverhältnisse der Bäuerinnen und Bauern im Revolutionsjahr 1848. "Wir zeichnen herausragende Persönlichkeiten aus, die sich weit über das übliche Maß für die Menschen in der Land- und Forstwirtschaft und im ländlichen Raum eingesetzt haben. Sie haben dazu beigetragen, dass die Land- und Forstwirtschaft ihren Beitrag für die und in der Gesellschaft erfüllt. Die aktuellen Krisen zeigen, dass dies auch künftig immer wichtiger wird", so Pernkopf.

Die Preisträger

Rudolf Schwarzböck war sein ganzes Leben politisch für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum tätig: als Gemeinderat, als Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag und zum Österreichischen Nationalrat, als Vorsitzender der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, als Präsident des Europäischen Bauernverbandes COPA etc. Er ist Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich und des Goldenen Komturkreuzes des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich. Schwarzböck repräsentierte den klassischen Politikertypus mit durchschlagskräftigem Apparat im Rücken und an der Hand. Stets ein Brückenbauer war es ihm ein Anliegen, Kompromisse zu finden, mit denen die unterschiedlichen Interessengruppen leben konnten. Schwarzböck hat vieles für die Bäuerinnen und Bauern bewegt. Dabei ist er auch persönlich Risiken eingegangen - etwa beim EU-Beitritt 1995. Nach seiner Pensionierung ist Schwarzböck in die Landwirtschaft zurückgegangen und hat seinen Betrieb auf biologische Bewirtschaftung umgestellt. Bis heute ist er Inspiration für junge Bäuerinnen und Bauern.

Franz Ledermüller ist seit 2020 Generaldirektor-Stellvertreter der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen, war von 2002 bis 2019 Generaldirektor der Sozialversicherungsanstalt der Bauern und von 1994 bis 2001 Direktor des Österreichischen Bauernbundes. In den vergangenen 20 Jahren

war Ledermüller Ideengeber, Chef-Verhandler und Umsetzer praktisch aller sozialpolitischen Reformprojekte und -maßnahmen, die den bäuerlichen Bereich betreffen. Er hat sich wie wahrscheinlich keine andere aktive Person um die soziale Absicherung der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen verdient gemacht. Sein Ziel war stets, ein faires System der sozialen Integration der Bäuerinnen und Bauern zu schaffen, um die flächen-deckende bäuerliche Land- und Forstwirtschaft auch für die Zukunft abzusichern. Besonders in der schwierigen Phase in den vergangenen Jahren hat Franz Ledermüller unermüdlich die Interessen der Land- und Forstwirtschaft vertreten und sich mit viel Herzblut dafür eingesetzt, eine solide Absicherung der Bäuerinnen und Bauern zu erreichen.

Andrea Schwarzmann ist Abgeordnete zum Vorarlberger Landtag, Kammerrätin der Landwirtschaftskammer Vorarlberg, Obfrau des Ländlichen Fortbildungsinstituts Vorarlberg und Landesbäuerin. Sie war Mitglied im Leistungsausschuss der Sozialversicherungsanstalt der Bauern und bis 2021 Bundesbäuerin. Andrea Schwarzmann setzt sich stets für die Gleichberechtigung der Frau in der Landwirtschaft ein. Sie kämpft engagiert für die Rechte der Frauen und dafür, dass Frauen gehört werden – sowohl am eigenen Betrieb als auch in der Gesellschaft und auch in der Agrarpolitik. Andrea Schwarzmann zeichnet ihr unermüdlicher Einsatz für die österreichischen Bauernfamilien aus. Zu den vielen Errungenschaften, für die sie sich in ihrer Amtszeit als Bundesbäuerin sowie als Vizepräsidentin im Österreichischen Bauernbund eingesetzt hat, zählen u. a. das Bäuerinnenmanifest und die Charta für eine partnerschaftliche Interessenvertretung. Andrea Schwarzmann hat sich umfangreiche Verdienste für die Bewusstseinsbildung in der Ernährung und vor allem für das verpflichtende Schulfach Ernährungs- und Konsumbildung erworben. Darüber hinaus setzt sie sich entschlossen für eine Verbesserung der Unterstützung für pflegende Angehörige ein.

Der Hans-Kudlich-Preis

Der liberale Politiker Hans Kudlich gilt als der österreichische und europäische Bauernbefreier. Sein Antrag auf Aufhebung der Grunduntertänigkeit im Jahr 1848 löste die größte Eigentumsverschiebung aus, die Österreich jemals erlebte. Diesem historischen Antrag Hans Kudlichs will das Ökosoziale Forum mit der Verleihung der Hans-Kudlich-Preise gedenken. Der Preis wurde 1968 zum ersten Mal vergeben. Die diesjährigen Preise wurden vom Österreichischen Raiffeisenverband, dem Österreichischen Bauernbund und der Landwirtschaftskammer Österreich zur Verfügung gestellt. (Schluss)

Moosbrugger gratuliert Hans-Kudlich-Preisträger/innen 2022

Schwarzmann, Ledermüller und Schwarzböck für Engagement ausgezeichnet

Wien, 15. September 2022 (aiz.info). - "Heuer wurden wieder drei große Persönlichkeiten mit dem Hans-Kudlich-Preis ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise um die heimische Land- und Forstwirtschaft verdient gemacht haben. Alle drei haben ihren Beruf stets als Berufung verstanden und mit großem persönlichen Einsatz Entscheidendes für die heimischen Bäuerinnen und Bauern bewegt. Ich gratuliere den Ausgezeichneten im Namen der heimischen Land- und Forstwirtschaft sehr herzlich zu dieser wohlverdienten Ehrung", betonte der Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ), **Josef Moosbrugger**, anlässlich der Verleihung des Hans-Kudlich-Preises des Ökosozialen Forums gestern an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Die Vorarlberger Almbäuerin Andrea Schwarzmann war u.a. von 2013 bis April 2021 als Bundesbäuerin tätig, amtierte zwei Jahre lang als Vorsitzende des LKÖ-Bildungs- und Beratungsausschusses und fungiert weiterhin als LK Vorarlberg-Vizepräsidentin und Landtagsabgeordnete. "Schwarzmann hat das partnerschaftliche Zusammenwirken sowohl in der bäuerlichen Interessenvertretung, als auch auf den Höfen selbst durch viele wertvolle Initiativen verbessert. Ihrem persönlichen Einsatz, Wissen und Können ist es zu verdanken, dass Rechte, Qualifikation und Selbstbewusstsein von Frauen im ländlichen Raum gestärkt werden konnten. Sie macht mit ihrer herzlichen, motivierenden Art vielen Bäuerinnen Mut, sich im Dialog mit der Gesellschaft und politisch zu engagieren, was wichtiger ist, denn je", betonte Moosbrugger in seinen Dankesworten.

Der aus einer oberösterreichischen Bauernfamilie stammende Franz Ledermüller war in verschiedensten Funktionen, so auch als Direktor des Österreichischen Bauernbundes und als Klubsekretär im ÖVP-Parlamentsclub tätig. Von 2022 bis 2019 amtierte er als Generaldirektor der Sozialversicherungsanstalt der Bauern und ab Jänner 2020 als Generaldirektor-Stellvertreter der SVS. "Ledermüller war 20 Jahre lang an vorderster Front der bäuerlichen Sozialversicherung tätig und hat seine Funktion mit großem Wissen, Engagement und Herzblut erfüllt. Er hat Unverzichtbares für die Bäuerinnen und Bauern geleistet, etwa bezüglich Beitragssatz bei den landwirtschaftlichen Pensionen und punkto öffentliche Bezuschussung der bäuerlichen Sozialversicherung", würdigte der LKÖ-Präsident Ledermüllers Verdienste.

Der Korneuburger Rudolf Schwarzböck war niederösterreichischer Landjugendobmann, Landeskammerrat, Landtagsabgeordneter, Nationalratsabgeordneter und Landwirtschaftskammer Niederösterreich-Präsident. Von 1989 bis 2007 fungierte er außerdem als LK Österreich-Präsident und von 2005 bis 2007 auch als Präsident des europäischen Bauernverbands (COPA). "Schwarzböck hat sich durch sein hervorragendes Fachwissen und sein ausgeprägtes politisches und strategisches Können einen Namen gemacht. Er galt bzw. gilt in Bauern- und Volksvertretung sowie in der Sozialpartnerschaft als Mann mit Handschlagqualität, dem es in seinen Funktionen stets ein Anliegen war, zukunftsweisende und praxistaugliche Weiterentwicklungen zu erreichen. Mit seiner zielstrebigen und ausdauernden Art hat er Entscheidendes für die bäuerlichen Familienbetriebe bewirkt, wofür wir ihm alle zu großem Dank verpflichtet sind", unterstrich Moosbrugger.

Das Ökosoziale Forum verleiht diese Auszeichnung seit 1968 im Gedenken an Hans Kudlich, der durch seinen Antrag zur Aufhebung der Untertänigkeitsverhältnisse der Bäuerinnen und Bauern im Revolutionsjahr 1848 als österreichischer und europäischer Bauernbefreier in die Geschichte eingegangen ist. (Schluss)

Bundesbäuerin: Gratulation an Andrea Schwarzmann zum Hans-Kudlich-Preis

Kämpferin für die Rechte der Frauen und das soziale Lernen in den Schulen

Wien, 15. September 2022 (aiz.info). - "Mit Andrea Schwarzmann wurde gestern, Mittwoch den 14. September 2022, eine Wegbereiterin und Kämpferin für die Rechte der Frauen mit dem Hans-Kudlich-Preis des Ökosozialen Forums geehrt, die sich in ihrer Zeit als Präsidentin der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Österreichische Bäuerinnen (2013 - 2021) nicht nur für ihre Mitglieder sondern für alle Bäuerinnen und Frauen im ländlichen Raum stark gemacht hat", gratuliert Bundesbäuerin und Abg. zum NR, **Irene Neumann-Hartberger**, zu dieser Ehrung, die seit 1968 alle zwei Jahre an Personen verliehen wird, die besondere Leistungen für den ländlichen Raum erbracht haben.

Kämpferin für die Gleichberechtigung

"Andrea Schwarzmann zeichnen ihre Kompetenz und Entschlossenheit aus, mit der sie ihre Gesprächspartner mit ihrem ruhigen und einnehmenden Wesen von Ideen überzeugt. Auf diese Weise hat sie als Bundesbäuerin, Widerstände überbrückend, mit der 'Charta für eine partnerschaftliche Interessenvertretung' einen Meilenstein für die Gleichberechtigung von Frauen gesetzt, die sich auf politischer Ebene, in Vereinen, Verbänden oder Interessenvertretungen engagieren und ihr Lebensumfeld mitgestalten wollen", zeigt Neumann-Hartberger auf. "Frauen sind die Multiplikatoren im landwirtschaftlichen Bereich. Mit der Charta wurde der Grundstein dafür setzt, dass Bäuerinnen über ihren Betrieb hinaus, ihre Geschicke selbst lenken und ihre Ziele vertreten können."

Bundesweite Vorzeigeeinitiative "Schulaktionstage"

"Auch im Dialog mit den Konsument:Innen ist Andrea Schwarzmann mit der 2014 gegründeten bundesweiten Initiative der 'Schulaktionstage' ein Vorzeigeprojekt gelungen. Wenn rund um den Welternährungstag im Oktober Bäuerinnen ehrenamtlich den Erstklässlern die Arbeit auf einem heimischen Bauernhof und die Erzeugung von Lebensmitteln anhand eines Praxisbeispiels anschaulich näherbringen, dann stärken sie damit die Kompetenzen der Kinder für eine bewusste und nachhaltige Ernährungsweise", zeigt die Bundesbäuerin auf. Seit Gründung der Initiative wurden auf diese Weise mehr als 190.000 Schüler:Innen erreicht. (Schluss) APA OTS 2022-09-15/08:59